



Die Gebiete in äußerster Randlage und die EU: Eine verstärkte und erneuerte Partnerschaft – ein Jahr danach

Gran Canaria, 23. November 2018

Ein Jahr nach dem Startschuss für die neue Strategie der Union für die Gebiete in äußerster Randlage stellt die Europäische Kommission heute mehrere Initiativen vor, mit denen diese Gebiete ihr Potenzial optimal ausschöpfen können.

Anlässlich der jährlichen Konferenz dieser neun europäischen Gebiete, die tausende Kilometer vom europäischen Kontinent entfernt liegen, zeigen der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude **Juncker** und die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina **Crețu** auf, dass die EU ihre Zusage gehalten hat, diesen Gebieten dabei zu helfen, sich in einer globalisierten Wirtschaft zu behaupten.

Diese Initiativen zur Förderung von Innovation, Kreislaufwirtschaft und blauem Wachstum unterstreichen die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse dieser Gebiete in den Vorschlägen der EU-Kommission im Rahmen des [Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU](#).

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude **Juncker**, erklärte hierzu: „*Sie wissen bereits, dass mir die Gebiete in äußerster Randlage mit ihren reichen Human- und Naturressourcen sehr am Herzen liegen. Sie stehen für Spitzenforschungslaboratorien und den Schutz der Artenvielfalt, und dort beginnt auch die Zukunft Europas. Vor einem Jahr haben wir in Französisch-Guayana die Partnerschaft erneuert, die uns verbindet. Heute machen wir uns nochmal auf die Reise, um diesen Gebieten erneut unsere Unterstützung zuzusagen.*“

Die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Corina **Crețu** fügte hinzu: „*Wir können guten Gewissens sagen: Wir haben unsere Versprechen gehalten. Abgesehen von dem besonderen Stellenwert, der den Gebieten in äußerster Randlage in unseren Vorschlägen für den nächsten europäischen Haushalt eingeräumt wurde, werden die heute vorgestellten Initiativen dazu beitragen, die Lebensqualität der lokalen Gemeinden konkret zu verbessern und wirtschaftliche Chancen für alle zu schaffen.*“

Besonderer Stellenwert im Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union

Von der Kohäsionspolitik über Forschung oder Innovation und natürlich Landwirtschafts- und Fischereipolitik bis hin zu den europäischen Investitionen im Verkehrsbereich werden die Besonderheiten der Gebiete in äußerster Randlage in insgesamt 21 sektorspezifischen Vorschlägen für den nächsten EU-Haushalt berücksichtigt – die finanzielle Umsetzung der besonderen Bedeutung, die die Juncker-Kommission diesen Gebieten beimisst.

Möglicher Einsatz staatlicher Beihilfen zur Unterstützung der Erneuerung der kleinen Fischereiflotte im Hinblick auf eine nachhaltige Fischerei

Mit der Änderung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Fischerei und Aquakultur ermöglicht die EU-Kommission durch höhere Beihilfeintensitäten für kleine und mittlere Fischereifahrzeuge den Erwerb neuer Schiffe in diesen Gebieten. Dieser Beschluss der Kommission, der öffentliche Beihilfen an die Nachhaltigkeit der Fischbestände knüpft, bringt Erleichterung für die lokalen Gemeinden mit sich.

Besserer Zugang zum Juncker-Plan und florierende Investitionsprojekte

Mit zusätzlich mehr als 2,2 Mrd. EUR aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) für die Gebiete in äußerster Randlage bekräftigt der Juncker-Plan sein Engagement in diesen Gebieten. In diesem Monat wurde die EFSD-Unterstützung für Adie, den französischen Kleinstkreditverband, aufgestockt, um Unternehmertum und kleine lokale Unternehmen in den französischen Gebieten in äußerster Randlage zu stärken. Die europäische Plattform für Investitionsberatung (EIAH) hat ebenfalls zwei Handlungsoptionen ausgearbeitet, um den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen aus diesen Gebieten zu verbessern. Dort soll nun überlegt werden, welche Finanzierungsinstrumente für ihre Bedürfnisse am besten geeignet sind, und die EIAH wird ihnen dann beim Einsatz dieser Instrumente zur Seite stehen.

Eine neue, EU-finanzierte Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahme zur Förderung von Forschung und Innovation in diesen Gebieten

Gemäß den Zusagen im Rahmen der neuen Strategie hat die EU-Kommission diese Woche das Projekt FORWARD ins Leben gerufen, das mit 4,3 Mio. EUR aus dem Programm Horizont 2020 ausgestattet ist und die Innovation in diesen Gebieten fördern soll.

Konkret werden 24 Partner aus den neun Gebieten (Regierungen, Hochschulen oder Entwicklungsagenturen) gemeinsam ihre Innovationssysteme analysieren und lokale Akteure, u. a. aus der Industrie, für Innovationsstrategien mobilisieren, die auf den besonderen Vorteilen der Gebiete aufbauen und aus der Kohäsionspolitik unterstützt werden. Die Partner werden außerdem darauf achten, dass die Verbindungen zwischen ihren Gebieten und den europäischen und internationalen Innovationsnetzen gestärkt werden, um die Teilnahme am künftigen Forschungsprogramm Horizont Europa auszubauen.

Maßgeschneiderte EU-Unterstützung durch zwei Taskforces für Réunion und die Kanarischen Inseln

Nach ersten Erfahrungen auf der Insel Réunion in den Bereichen Energieautonomie und Energiewende setzt die EU-Kommission in dieser Woche eine zweite Taskforce zur Verbesserung der Abfallwirtschaft und Förderung der Kreislaufwirtschaft auf den Kanarischen Inseln ein. Alle betroffenen Partner – Regionalregierung, Staatsregierung, EU-Kommission und Privatwirtschaft – werden zusammenarbeiten, um diese große Herausforderung zu bewältigen und die Lebensqualität auf den Inseln zu verbessern.

Der Stellenwert der Gebiete in äußerster Randlage in den Programmen des nächsten EU-Haushalts und diese Initiativen ergänzen den direkten und ununterbrochenen Kontakt zwischen der Juncker-Kommission und den neun Gebieten. Sie stehen für eine immer engere Partnerschaft auf allen Ebenen und die fortlaufende Unterstützung der EU-Kommission in den Bereichen Innovation und nachhaltige Entwicklung.

Hintergrund

Die neun Gebiete in äußerster Randlage der EU umfassen sechs französische Überseegebiete (Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Réunion und St. Martin), zwei portugiesische autonome Regionen (Azoren und Madeira) und eine spanische autonome Gemeinschaft (Kanarische Inseln).

Trotz Fortschritten in den letzten Jahren haben die Regionen mit großen Herausforderungen zu kämpfen: eine hohe Arbeitslosenquote, vor allem bei jungen Menschen, eine besondere Anfälligkeit für die Folgen des Klimawandels und Wachstumshindernisse aufgrund fehlender Infrastruktur und der Abhängigkeit von Wirtschaftssektoren mit geringer Innovationsleistung.

Um die Bemühungen zu verstärken und diese Herausforderungen zu bewältigen, hat die EU-Kommission daher letztes Jahr eine neue Strategie für eine verstärkte Partnerschaft zwischen der EU, diesen Gebieten und ihren jeweiligen Mitgliedstaaten vorgestellt. In Französisch-Guayana gab Präsident Juncker, zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, den offiziellen Startschuss für die Strategie.

Diese Strategie sieht eine maßgeschneiderte Begleitung für diese Gebiete zusammen mit den Mitgliedstaaten vor, um den Gebieten dabei zu helfen, ihre Alleinstellungsmerkmale hervorzuheben, Chancen für ihre Bevölkerung zu eröffnen und Vorteile aus der Globalisierung zu ziehen.

Weitere Informationen:

[2018: Die neue Strategie für die Gebiete in äußerster Randlage – ein Jahr danach](#)

[2018: Der Juncker-Plan in den Gebieten in äußerster Randlage –](#)

[2018: Die Gebiete in äußerster Randlage im Vorschlag der EU-Kommission für den nächsten EU-Haushalt](#)

2017: [Die neue Strategie für die Gebiete in äußerster Randlage](#)

2017: [Pressemitteilung – Die Gebiete in äußerster Randlage und die EU: eine privilegierte, erneuerte und verstärkte Partnerschaft](#)

2017: [Memo zum Thema Gebiete in äußerster Randlage und die EU: eine privilegierte, erneuerte und verstärkte Partnerschaft](#)

2017: [Factsheet zur neuen Strategie für die Gebiete in äußerster Randlage](#)

[Factsheets zu den Auswirkungen der neuen Strategie auf Ihr Gebiet](#)

o [Azoren](#)

o [Kanarische Inseln](#)

o [Guadeloupe](#)

- o [Französisch-Guayana](#)
- o [Madeira](#)
- o [Martinique](#)
- o [Mayotte](#)
- o [Réunion](#)
- o [St. Martin](#)

IP/18/6421

Kontakt für die Medien:

[Johannes BAHRKE](#) (+32 2 295 86 15)

[Sophie DUPIN DE SAINT-CYR](#) (+32 2 295 61 69)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)